

Wahlprogramm 2021

lhg
LIBERALE
HOCHSCHULGRUPPE
SAAR

Zur Ausgangslage und der vergangenen Amtsperiode

Nachdem wir, die Liberale Hochschulgruppe, im letzten Jahr mit drei Mandaten in das Studierendenparlament einzogen, fingen wir umgehend mit der Umsetzung unserer Wahlversprechen an:

Im 66. StuPa setzten wir uns erfolgreich für die Aufstellung von Wasserspendern zum kostenlosen Auffüllen von Trinkflaschen auf allen Campus der UdS ein, da wir nicht weiter hinnehmen wollten, dass Studierende ihre Trinkflaschen an den Waschbecken der Toiletten auffüllen müssen.

Außerdem erreichten wir, dass die Universitätsleitung vom gesamten Studierendenparlament zur Einrichtung geeigneter Waschräume für Muslimas und Muslime sowie Anhänger*innen anderer Religionen im Gebäude A5.4 aufgefordert wurde. Grund dafür ist, dass Studierende, deren Glaubensausübung mit rituellen Waschungen der Hände und Füße einhergehen, auf die Nutzung von Handwaschbecken angewiesen sind. Wir können nicht hinnehmen, dass Studierende unserer Universität aufgrund baulicher Gegebenheiten bei der Ausübung ihrer Religion gehindert oder beeinträchtigt werden.

Die Liberale Hochschulgruppe forcierte weiterhin die Einrichtung eines Restrukturierungsausschusses, der zur Aufgabe hat, die Struktur des AstA mitsamt seiner Referate sowie sämtliche haushaltsrelevanten Positionen zu überprüfen. Damit kann eine finanziell stabile, zukunftsfähige Haushaltsgrundlage erarbeitet und den Studierenden garantiert werden kann. Wir sprechen uns entschieden gegen weitere Erhöhungen der Semesterbeiträge aus und möchten weiter für euch daran arbeiten, eine langfristig solide finanzielle Grundlage für die studentische Selbstverwaltung zu schaffen.

Nach wie vor fordern wir die Abschaffung des Verwaltungskostenbeitrags in Höhe von 50€, der unter anderem im Semesterbeitrag enthalten ist.

Hochschulübergreifende Kooperation

Zusätzlich zum bestehenden Studierendenparlament fordern wir starke Kooperationen mit den anderen saarländischen Studierendenschaften.

Gemeinsam mit Vertretern aus HBK, HfM, HTW wollen wir ein starkes Gegengewicht zur Bildungspolitik im Land bilden. Idealerweise würde diese Kooperation in einem demokratisch legitimierten Rahmen stattfinden, z.B. in Form eines gewählten Ausschusses. Durch eine solche Kooperation wäre eine Konzentration auf rein bildungspolitische Themen hochschulübergreifend möglich, während die jeweiligen Studierendenschaften einen größeren Fokus auf die für sie relevanten Themen legen könnten. Dieses Konzept würde es zudem ermöglichen, dass bildungspolitische Forderungen auf höherer Ebene diskutiert und gegebenenfalls verbessert werden können. Die daraus hervorgehende breitere Legitimationsbasis hätte eine stärkere Wirkung auf politische Entscheidungsträger im Land als bisher.

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

Die LHG fordert, die Möglichkeiten der Digitalisierung stärker als bisher zu nutzen und unsere Universität damit wieder attraktiver zu machen. Dazu sollen folgende Punkte umgesetzt werden:

Das LSF soll als Informations- und Anmeldesystem aller Studiengänge genutzt werden.

Andere bisher genutzte Portale wie Vili etc. sollen eingestellt werden. So soll die unnötige Nutzung verschiedener Systeme gleichzeitig vermieden und Informationen für alle Studierende an einem Ort gesammelt zur Verfügung gestellt werden.

Die App der Universität des Saarlandes soll optimiert werden.

Eine Uni, die mit ihren enormen Kompetenzen im Bereich der Informatik wirbt, kann nicht mit einer App zufrieden sein, die praktisch nur als Mensa- Speiseplan taugt. Studierende der Informatik sollen eingebunden werden, um Tools wie das Aufrufen des Kontostands auf der UdS-Card, eine direkte Bestellung von Büchern in der Bibliothek oder Buchhandlung, eine interaktive Karte mit ständig aktuellem Content usw. zu schaffen.

Schaffung einer Datenbank für Studienunterlagen und Klausuren.

Altklausuren, Mitschriften, Zusammenfassungen, etc. leisten einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung auf die Leistungskontrollen zum Ende eines jeden Semesters. Gerade in den ersten Studienjahren bereitet das effektive Lernen noch Schwierigkeiten. Klausuren der vorigen Studienjahre nehmen den Studierenden dabei den Druck und helfen in der Vorbereitung auf die Leistungskontrollen immens. Eine solche Datenbank fördert somit nicht nur ein erfolgreiches Studium, sondern ebenfalls eine erfolgreiche Lehre an der jeweiligen Fakultät.

Online-Vorlesungen sollen in jedem Studienfach auf App und Website zur Verfügung gestellt werden.

Dabei kann auf bereits existierende Vorlesungsreihen/Podcasts bekannter Universitäten wie Harvard, Oxford, LMU München oder auf eigene Mitschnitte zurückgegriffen werden.

Zahlungen mit der UdS-Card sollen am ganzen Campus möglich sein. Entsprechende Terminals zur Zahlung sind in allen Geschäften einzurichten. Das Guthaben soll sowohl über App und Website online abgerufen als auch aufgeladen werden können. Dafür soll auf Dienste wie PayPal etc. zurück- gegriffen werden.

VPN Zugang für juristische Recherchertools erweitern. Juristische Recherchertools wie Beck-Online sind essentielle Bestandteile erfolgreicher Hausarbeiten sowie eines erfolgreichen Studiums. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine dauerhafte Erweiterung der Nutzbarkeit dieser Tools über den bereits bestehenden VPN Client. Damit würde die Möglichkeit geschaffen, Recherchearbeiten auch von zu Hause über einen gesicherten Fernzugriff durchzuführen und die notwendigen Datenbanken zu nutzen.

Standort-Chance: Blockchain. Exzellenz-Cluster im Informatik Bereich weiter ausbauen.

Blockchain und die ihr zugrundeliegende Distributed Ledger Technology (DLT) bietet die Möglichkeit zu dezentralen Systemen, die sich durch Manipulationssicherheit und Transparenz auszeichnen. Durch die Implementierung von „Smart Contracts“ ließen sich Vorgänge weiter automatisieren. Wir wollen nicht nur Nutzung der Blockchain Technologie an unsere Universität, sondern fordern die Einrichtung eines eigenen Studiengangs, um das Exzellenz-Cluster unseres Informatik Standorts auch für die Zukunft zu bewahren und weiter auszubauen.

Elternunabhängiges BAföG

In Zeiten von Fortschrittskontrollen und steigendem Leistungsdruck im Studium können immer weniger Studierende ihr finanzielles Auskommen durch eigene Leistung sichern. Wir betrachten deshalb das BAföG als einen zentralen Dreh- und Angelpunkt der Studienfinanzierung. Durch den mit ihm verbundenen Verwaltungsakt, kommt die Beantragung des BAföG jedoch zunehmend einer Nebenerwerbstätigkeit gleich, die dem ursprünglichen Sinn der Förderung entgegensteht. Wir erkennen des Weiteren an, dass die Unterstützung der Studierenden durch das Elternhaus ein wichtiger Beitrag zum Funktionieren des BAföG-Systems in seiner jetzigen Form darstellt. Allerdings bei weitem nicht alle Eltern zeigen dabei Verständnis für die Situation, in der sich ihre Kinder befinden und erzeugen zusätzlichen Leistungsdruck. Hinzu kommt, dass eine Förderung über die Regelstudienzeit hinaus nur in wenigen Härtefällen möglich ist. Auch hier bedarf es einer Ausweitung der Härtefall-Gründe, um Studierende in der belastenden Zeit kurz vor ihrem Abschluss nicht noch in existenzielle Bedrängnis zu bringen. Für die LHG Saar sollte ein Studium von Wissensdrang, Charakterbildung und Selbstbestimmung geprägt sein, statt von Versagensängsten, Leistungsdruck und Geldsorgen.

Wir fordern deshalb:

- Elternunabhängiges BAföG
- Ausweitung und Anpassung von Härtefall-Regelungen an heutige/weitere Sachverhalte
- Ein Bafög-Grundbetrag in Höhe von 400€, der bürokratiefrei von allen Studierenden beansprucht werden kann
- Die Möglichkeit, diesen Grundbetrag durch einen Antrag auf das Doppelte aufzustocken

Mehr Europa wagen!

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich für eine verstärkte Internationalisierung des Studiums an der Universität des Saarlandes ein.

Um die Chancen der Großregion effizient zu nutzen, sollte der Blick dabei nicht nur eindimensional nach Frankreich gerichtet, sondern verstärkte Kooperation mit allen europäischen Staaten gesucht werden. Die UdS, welche sich auf einer geografischen Achse mit den wichtigsten Institutionen der Europäischen Union befindet, könnte sich aufgrund dieser prädestinierten Lage als idealer Ausbildungsort für eine Arbeit im europäischen Bereich aufstellen und dadurch Studierende aus ganz Europa anziehen. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Ausweitung internationaler sowie interdisziplinärer Studiengänge. Außerdem setzt sich die Liberale Hochschulgruppe für eine Ausweitung des Erasmus+ Programmes an der Universität des Saarlandes ein. Jeder Studierende soll die Möglichkeit haben, ein Auslandssemester/ -jahr zu absolvieren, welches in den Studienplan integriert ist. Die LHG fordert daher, die Studienordnung der Fächer, die dies aktuell noch nicht gewährleisten, dahingehend anzupassen, dass die im Ausland erbrachten Leistungen vollumfänglich angerechnet werden. Der Anreiz, ein Auslands-Semester zu absolvieren, wäre für Studierende dann nicht durch einen etwaigen „Zeitverlust“ im Regelstudienplan gemindert. Um Auslands-Semester oder allgemeine Wechsel des Studienortes innerhalb Europas zu erleichtern, fordert die Liberale Hochschulgruppe die Anpassung der Semesterzeiten von deutschen Hochschulen an europäische Semesterzeiten. Gemäß den Beschlüssen der Hochschulrektorenkonferenzen sollen die Kernzeiten in einem Herbst-/ Wintersemester, das den Zeitraum vom 1. September bis 28. Februar des Folgejahrs umfasst, am ersten Montag des Septembers beginnen und spätestens Mitte/Ende Januar enden. In einem Frühjahrs-/Sommersemester, das sich auf den Zeitraum vom 1. März bis 31. August erstreckt, sollen diese Kernzeiten vom ersten Montag des März bis spätestens Ende Juni reichen. Mit der Fixierung auf einen einheitlichen Anfang der Vorlesungszeiten und der offenen Terminierung des Endes sollen den Hochschulen genügend Spielräume verbleiben, um lokale Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Verschiebung der Semesterzeiten darf keine Verlängerung oder Verkürzung der Vorlesungszeiten bedeuten. Zulassungs- und Auswahlverfahren der Studienanfänger sind zeitlich anzupassen.

Nachhaltigkeit

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich dafür ein, den ÖPNV in Richtung Universität zu stärken und so die Erreichbarkeit zu erhöhen, damit sich gleichzeitig das Verkehrsaufkommen auf dem Campus reduzieren kann.

Wir fordern zudem die Implementierung der Themen Klimaschutz und globale Gerechtigkeit in die Lehrpläne, mit gleichzeitiger Schaffung neuer Lehrstühle sowie der verstärkten Kooperation in der Großregion. Nachhaltigkeit und die Frage, wie unsere Zukunft aussehen soll, gehen uns alle an. Die LHG fordert einen stärkeren Fokus auf das Thema Nachhaltigkeit an unserer Universität. Modularisierte Elemente in Forschung und Lehre, ebenso wie nachhaltige Lösungen bei der Energieversorgung sowie die Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch alle Angehörigen der UdS liegen uns am Herzen.

Gender-Studies & European Studies

Entgegen dem Trend fordert die Liberale Hochschulgruppe Saar, das Lehrangebot an der Philosophischen Fakultät auszubauen.

Hier bietet sich die Einrichtung zweier neuer Nebenfächer, „Gender Studies“ und „European Studies“, an. Die Fächer würden auf ein bestehendes Lehrangebot in allen Fachrichtungen der Fakultät zurückgreifen und darüber hinaus soll hier auch die Möglichkeit, fakultätsübergreifend zu studieren, geschaffen werden, indem man zusätzlich noch die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und im Falle von „Gender Studies“ auch Biologie und Psychologie einbindet. Diese Nebenfächer würden die bestehenden Grundlagen, welche durch das Forum Gender-Forschung und durch das CEUS gelegt wurden, sinnvoll ausbauen.

Im Rahmen der Schaffung dieser Studiengänge sollen dabei die Zertifikate „Gender Studies“ und „Europaicum“ zusätzlich in Ergänzungsfächer umgewandelt werden.

Barrierefreiheit im Kopf und im Hörsaal

Für eine effektive Chancengleichheit ist es unumgänglich, dass allen Studierenden Teilhabe am freien und selbstbestimmten Studium ermöglicht wird. Niemand darf aufgrund individueller Handicaps oder Krankheit benachteiligt werden.

Daher fordert die LHG eine behindertengerechte räumliche Ausstattung, barrierefreie Zugänge, automatisierte Türen sowie den Einsatz technischer Hilfsmittel und digital verfügbare Lernmittel.

Durch technische Umrüstung, gezielten Neubau und finanzielle Investitionen muss sichergestellt werden, dass jede/r Studierende, mit und ohne Handicap, sein/ihr Studium und die damit verbundenen Aktivitäten rund um den Campus voll auskosten kann.

Für eine papierfreie Universität

Auf langfristige Sicht fordern wir eine möglichst papierfreie Universität.

Studierende sollen auf die Vorteile von PDF-Versionen der Lehrbücher aufmerksam gemacht werden und Skripte und Vorlesungsfolien sollen online ebenfalls in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für die in Vorlesungen und Seminaren benötigten Unterlagen.

Der Bestand der Universitätsbibliotheken soll nach und nach über Scans digitalisiert werden, um Kopien und vergriffene Buchexemplare schon bald der Vergangenheit angehören zu lassen. Weiterhin fordern wir, dass auch die Verwaltung unserer Universität prüft, inwiefern eine sofortige Einsparung und schrittweise Reduzierung des Papierverbrauchs umsetzbar wäre.

Gerechte Notenumrechnung für Rechtswissenschaft in Bachelor-Studiengängen

Der unterschiedliche Aufbau und die daraus resultierende differierende Notenskala des Studiengangs Wirtschaft & Recht und des Nebenfachs Rechtswissenschaft im Zwei-Fach-Bachelor der Philosophischen Fakultät und im Studiengang Historisch orientierte Kulturwissenschaften (Notenskala 1 - 5) im Vergleich zum Diplomstudiengang Rechtswissenschaft (Notenskala 0 - 18) führt zu einer ungerechten Umrechnung für Studierende der Bachelor- & Masterstudierenden.

Bachelor- und Masterstudierende werden in ihren rechtswissenschaftlichen Anteilen, die bis zu 63 CP ausmachen können, durch die Lehrstühle der rechtswissenschaftlichen Fakultät nach deren Notenskala (0-18) bewertet. Im Anschluss erfolgt eine Umrechnung auf die Notenskala der Bachelor- und Master-Studiengänge. Diese Notenskala entspricht jedoch gerade in den oberen Notenbereichen nicht der erbrachten Leistung und verzerrt somit das Leistungsbild in diesem Studiengang. Während man als Studierender der Rechtswissenschaft mit der Note 9 (voll befriedigend) in den Prädikatsbereich aufsteigt und damit im Schnitt zu den besten 10 % der Geprüften gehört, entspricht das Ergebnis der Umrechnung der Klausurpunkte für Bachelor- und Masterstudierende in keiner Weise diesem Leistungsbild. Studierende des Studiengangs erhalten in derselben Klausur bei Erreichen der Punktzahl 9 nach Umrechnung 2,7 Notenpunkte, was verglichen mit anderen Bachelor- und Master-Studiengängen unterdurchschnittlich ist. Eine gleiche Klausurleistung führt im Ergebnis somit im Studiengang Rechtswissenschaft zu einer überdurchschnittlichen, in Bachelor- und Masterstudiengängen zu einer unterdurchschnittlichen Leistung.

Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine gerechte, dem Leistungsbild entsprechende Umrechnung der Notenpunkte für Bachelor- und Masterstudierende mit rechtswissenschaftlichen Anteilen.

Wahlprogramm Campus Homburg

Promovieren leicht wie nie

Die LHG fordert die Einführung eines einheitlichen Onlineportals, auf welchem eine Übersicht aller im Moment verfügbarer Dr.-Arbeiten einsehbar ist. Im Moment gestaltet sich die Suche nach einer passenden Promotionsarbeit für die Studierenden leider sehr kompliziert und zeitaufwendig. Ohne alle passenden Lehrstühle einzeln anzufragen, findet sich nur selten die gewünschte Arbeit. Allerdings haben nicht nur Studierende bei der Suche Probleme. Viele Lehrstühle beklagen zudem auch, kaum Möglichkeiten zu haben, ihre anstehenden Projekte promoten zu können. Gerade von ausgeschriebenen Arbeiten an kleineren Instituten erfahren so die meisten Studierenden kaum. Bei einer einheitlichen Übersicht könnten alle promotionswilligen Studierende direkt die Arbeiten vergleichen und das für sie am besten passenden Angebot finden. Wenn auf unnötige Anfragen an Lehrstühle, die keine Arbeiten zu Verfügung haben, so verzichtet werden könnte, profitieren sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden von diesem Konzept.

Kein Sportangebot zweiter Klasse

Bei dem Sportangebot haben Homburger Studierende gegenüber den Saarbrückern leider oft das Nachsehen. Viele Kurse werden ausschließlich auf dem Campus der Landeshauptstadt angeboten. Allerdings ist nicht nur das Kursangebot in Saarbrücken wesentlich größer, auch die Ausstattung des Hochschulsports lässt in Homburg zu wünschen übrig. Daher setzt sich die LHG für die Errichtung eines Trimm-dich-Pfades, sowie eines Unifits, nach Saarbrücker Vorbild, ein. Sportangebote, die individuell genutzt werden können, kämen dem straffen Zeitplan der Medizinstudierenden entgegen und würden den Standort des Campus wesentlich attraktiver machen.

Studiere doch wann du willst

Schulähnliche Stundenpläne und Anwesenheitspflichten, um die Hörsäle zu füllen, haben nichts mit eigenverantwortlichem Studieren zu tun. Die LHG setzt sich genauso gegen unnötige Anwesenheitspflichten, wie auch gegen das Vorziehverbot von Vorlesungsveranstaltungen ein. Solange im Hörsaal genug Platz ist, sollen die Studierenden der unteren Semester immer die Möglichkeit haben, Veranstaltungen vorzuziehen, um so ihr Studium eigenständig zu planen. Ein Pflichtfreisemester lehnen wir konsequent ab.

Shuttlebusverbindung ausbauen

Nicht nur für Medizinstudierende ärgerlich, sondern ein generelles Problem: Der Shuttlebus zwischen Homburg und Saarbrücken verkehrt viel zu unregelmäßig und ist faktisch für viele nicht realistisch wahrnehmbar. Deswegen fordern wir den Ausbau der Shuttleverbindung.